

Zu Punkt **7.1**  
der Tagesordnung des  
Wirtschaftsparlamentes vom  
29.6.2023



ANTRAG des ÖWB  
an das Wirtschaftsparlament  
der Wirtschaftskammer Österreich am 29. Juni 2023

9. Juni 2023

**NEIN zur Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich**

AK und ÖGB diskutieren über die verpflichtende Vier-Tage-Woche, obwohl allorts Arbeitskräfte fehlen. Hintergrund dafür ist eine Studie aus Großbritannien, welche die positiven Effekte der Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich aufzeigt: Mitarbeiter sind laut Studie seltener krank, wechseln weniger oft den Job, sind zufriedener und weniger gestresst. Derzeit übersteigt die Nachfrage nach Mitarbeitern das Angebot. Weshalb notgedrungen die Vier-Tage-Woche in etlichen heimischen Unternehmen bereits existiert: Gasthäuser, Friseursalons und sogar Arztpraxen haben immer öfter einen zusätzlichen Ruhetag. Hintergrund dafür ist jedoch nicht, dass es ihnen wirtschaftlich so gut geht und sie auf das zusätzliche Einkommen verzichten können, sondern vielmehr das fehlende Personal.

Fakt ist, dass die Zahl der geleisteten Arbeitsstunden in Österreich kontinuierlich sinkt, obwohl immer mehr Personen in Beschäftigung sind. Würde jetzt die Arbeitszeit von 40 auf 32 Wochenstunden gekürzt werden, würden ca. 435 Millionen Arbeitsstunden weniger geleistet werden. Das gefährdet unseren Sozialstaat: Ein BIP-Rückgang von bis zu 5,6 % wäre zu erwarten.

Eine Arbeitszeitverkürzung bei gleichem Lohn würde den ohnehin schon teuren Faktor Arbeit in Österreich zusätzlich verteuern. Ebenso entsteht für die Arbeitnehmer mehr Arbeitsdruck, da sie die Arbeit von fünf Tagen in vier quetschen müssen, um die „verlorene“ Zeit zu kompensieren. Das bedeutet für die meisten Menschen vor allem mehr Stress und nicht höhere Produktivität.

Die Einführung einer Vier-Tage-Woche ist kontraproduktiv, da diese den jetzt schon herrschenden Arbeitskräftemangel noch verstärken würde: Ein Polizist kann seine Produktivität nicht erhöhen. Besonders in produzierenden Unternehmen fehlen entsprechende Effizienzpotentiale. Es ist absurd! Um das Produktionsniveau zu halten, müssten Unternehmen weiteres Personal einstellen, welches ohnehin schon jetzt nicht vorhanden ist. Außerdem führt der demografische Wandel dazu, dass in den nächsten Jahren die geburtenstarken Jahrgänge (sog. „Babyboomer“) in Pension gehen werden, was den Wirtschaftsstandort Österreich ohne entsprechende Maßnahmen schwächen würde.

Der Arbeitskräftemangel hat bereits im internationalen Vergleich beachtliche Ausmaße angenommen: Österreich hat nach Daten der EU-Statistikbehörde Eurostat die höchste Quote an offenen Stellen in der gesamten EU. Interessant ist vor allem die Entwicklung seit der Pandemie, da seither der Anteil der offenen Jobs deutlich angestiegen ist.

Insgesamt würde die Einführung der Vier-Tage-Woche zu einer Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit führen und die soziale Sicherheit gefährden. Gerade für Kleinunternehmen wäre eine erzwungene Reduktion der Arbeitsstunden kaum leistbar.

Vor diesem Hintergrund stellen die unterzeichneten Delegierten daher folgenden

### ANTRAG

Die Wirtschaftskammer Österreich wird aufgefordert, sich bei den zuständigen Stellen dafür einzusetzen, arbeiten attraktiver zu gestalten, anstatt über Arbeitszeitverkürzungen zu diskutieren, die den österreichischen Sozialstaat und Standort gefährden.



---

Martha Schultz  
Vizepräsidentin, WKÖ



---

Maga. Doris Hummer  
Präsidentin, WK OÖ



---

KR Wolfgang Ecker  
Präsident, WK NÖ